Kongo: Neuer Ebola-Fall in Millionenstadt

Aktueller Ausbruch erreicht eine neue Phase

In der Geschichte der Metropole Mbandaka gab es bereits zwei Ebola-Ausbrüche, die meisten davon Hunderte, ja sogar Tausende Kilometer entfernt. Vor zehn Jahren wurden hier Hunderte ruandische Flüchtlinge, die meisten davon Hutus, von Rebellen massakriert. Heute zählt die 1,2-Millionen-Stadt am Äquator zwar nicht zu den vielen Konfliktregionen im Kongo. Aber das Leid seiner Bewohner ist enorm, es mangelt an Elektrizität und sauberem Wasser. Sie leben an einem jener Orte, an dem man bei ernsten Krankheiten mehr Hoffnung in Gebete als Krankenhäuser legt.

VON CHRISTIAN PUTSCH
AUS KIGALI

Am Mittwoch hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) man den ersten Ebola-Fall in Mbandaka bestätigt. Damit habe der aktuelle Ausbruch der Virus „eine neue Phase" erreicht, bestimmt die kongolesische Gesundheitsministerium. Bislang galt die Situation als weitgehend kontrollierbar. 22 Menschen haben sich landesweit in den vergangenen Wochen womöglich mit dem Erreger angesteckt, 23 davon starben. Das schließt jedoch auch unbestätigte Verdachtsfälle mit ein. Zudem Tausende wurde das Virus bislang lediglich in zwei Fällen zweifelsfrei nachgewiesen, in einigen Fällen gelechen die Symptome einer Malaria-Erkrankung.

Die Behörden versichern, es ist bei erstis die neunte Ebola-Epidemie in der Demokratischen Republik Kongo. Das Land erlebte seit den 70er-Jahren mehr als die Hälfte aller 17 weltweit bekannten Kriese mit dem Virus. Mit bei den vorangegangenen acht Fällen ereignete sie sich auch dreimal zuerst in der entfernt abgelegenen Region des Landes, fernab größerer Bevölkerungen. Eine Ausbreitung gilt als unwahrscheinlich, zumal auch die WHO schnell reagierte und Mitte Februar, um Patienten zu behandeln und zu isolieren. So sicher ist man sich nun nicht mehr.

Die geschäftige Hafenstadt Mbandaka liegt am Ufer des Kongo-Flusses. Über dem Ort hängen in der Hauptstadt Kinshasa verschifft werden. Die Menschen leben in Lehmhütten ab den Dörfern, die Bevölkerungsdichte ist hier – keine großen Bevölkerungszentren für die Suche nach Menschen, die mit Erkrankten in Kontakt gekommen wäre ein. Schwer zugängliche Dschungel und Hilfsorganisationen die Zahl der Birger, die in den Wäldern nach Kranken in Kontakt gekommen sein könnten, auf 20 bis 40.000. Sie müssen nicht nur Kinder der dreiwöchigen Inkubationszeit regelmäßig auf mögliche Symptome untersuchen werden. Es ging nicht allen konnte Kontakt hergestellt werden.

Am anderen Ufer, gegenüber von Mbandaka, ist dudem die Grenze zum Nachbarland Republik Kongo. Eine Ausbreitung auf mehrere Länder, das hat der Ebola-Ausbruch im Jahr 2014 mit 11.300 Toten in Liberia, Sierra Leone und Guinea gezeigt, würde die Koordination der Maßnahmen weiter erschweren. „Mit dem Fall in Mbandaka ist die Situation äußerst ernst und besorgniserregend geworden, da die Krankheit erstmals eine Stadt erreicht hat", sagt Henry Gray, Notfallkoordinator von Ärzte ohne Grenzen. Derzeit sind allein von dieser Hilfsorganisation 50 Tonnen Materialien auf dem Weg in die Stadt, dort und in dem stark betroffenen Bikoro bauen sie 200 Behandlungszentren mit jeweils 20 Betten auf.

Bei der Ebola-Epidemie vor vier Jahren herrschte weltweit Panik vor einer massenhaften Ausbreitung, auch ohne Grenzen wies damals unermüdlich auf die schlampige Reaktion der WHO hin. Die aktuelle Epidemie, so Gray, sei „sehr vergleichbar", beschwichtigen die Vorhelfer dieses mal, dabei die damaligen Lektionen müssten angewendet werden. Ärzte ohne Grenzen und die Struktur der Zentren verbessern, so das Ziel, das isolierten Patienten zumindest Augenkontakt mit ihren Verwandten möglich sein wird. Man bemühe sich auch darum, die Sicherheit der Helfer bei ihren Institutionen zu verbessern. Dieserwal versucht die WHO bislang alles, um sich keine Blöße zu geben. Generaldirektor Tedros Ghebreyesus reiste umgehend nach Kinshasa, die WHO kann nudem eine Lieferung mit 4000 Dosen ohne ein bislang noch unerprobtes Impfstoffs in Einsatzes an, weitere 4000 sollen bald folgen. Noch bestehe Optimismus, das Virus bald zu stoppen Doch Raum für Fehler bleibt keiner.

Viele der Geschäfte, die in den vergangenen Jahren auf dem großen Basar in Teheran schließen mussten, werden durch Händler erstet, die Teppiche made in China verkaufen

Manche Iraner wünschen sich einen Trump

Was bedeutet der Ausstieg aus dem Atomabkommen für das Land? In Teheran haben die Menschen ihren eigenen Blick

Gamak, Inhaber eines Stoffgeschäfts im Großen Basar von Teheran, sagt: „Wir sitzen buchstäblich auf einer Bombe, und die wird in den kommenden drei bis vier Monaten explodieren." Gemeint sind die Konsequenzen des US-amerikanischen Ausstiegs aus dem Atomabkommen. „Dann werden die Iraner in Lager aufgebrachte sein, und wir können keine Stoffe mehr von wirklich guter Qualität anbieten, Sie wir sonst aus China oder der Türkei importieren", erklärt er.

VON ANGELES ESPINOSA
AUS TEHERAN

Andere Händler, die dazugekommen sind, stimmen ihm zu. Der Basar spielt im Iran längst nicht mehr die wirtschaftlich bedeutende Rolle wie früher, doch in seinen belebten Gassen kann man immer noch die Stimmung erahnen, die in diesem Land mit einer so bedeutenden Handelstradition herrscht.

Die Entscheidung der USA betrifft aus doch gar nicht. Das ist doch nur ein Spiel. Mit denen aber ohne sie – was passieren soll, das passiert sowieso", widersprüchlich Gamak, ein Händler. Und der Mangel an Devisen für die Einführung von Waren? „Das Problem hatten wir früher doch auch bereits, und wir haben es überlebt", versichert er ein wenig herausfordernd und erinnert daran, dass „vor der Revolution (von 1979) ein Dollar 70 Rial wert war, heute sind es etwa 70.000." Sicherheitshalber akzeptiert keiner von ihnen mehr Schecks als Bezahlung. Nur noch Bargeld.

Die Meinungen gehen auseinander, je nachdem, wonach der Befragte handelt. Da die Situation von Dollars und Euros immer unüberschaubarer wird, wenden sich viele dem Gold zu. „Dadurch steigen die Preise, und nicht jeder kann es sich ermeter südlich von Teheran. Die Auseinandersetzungen waren laut Fars der erste Vorfall, seitdem die Regierung vor zwei Wochen entschied, die umstrittene Reform zurückzuziehen. Iran gibt es erheblichen Unmut über die schwierige soziale und wirtschaftliche Lage, der sich immer wieder in teils gewaltsamen Protesten entlädt. **Zum Jahreswechsel gab es eine Welle landesweiter Demonstrationen, bei denen minde-stens 25 Menschen getötet wurden.**

Demonstranten zünden Polizeiwache an

Bei gewaltsamen Protesten im Süden des Iran ist offenbar ein Mensch getötet worden. Sechs weitere Menschen wurden in der Stadt Kassereh verletzt, als Demonstranten **ein Polizeiwache in Brand setzten und „subversive Slogans" riefen**, wie die Nachrichtenagentur Fars am Donnerstag berichtete. Einwohner der Stadt demonstrierten seit Wochen immer wieder gegen eine umstrittene Gebietsreform in der Region. Kasereh mit seinen 150.000 Einwohnern liegt rund 900 Kilo-

Als Folge des öffentlichen Drucks traten Premierminister Robert Fico, Innenminister Robert Kaliňák und Polizeichef Tibor Gaspar zurück. Eine Kommission des EU-Parlaments listete nach einem Besuch in der Slowakei zahlreiche Mängel bei der Rechtsstaatlichkeit des Landes auf und forderte strukturelle Veränderungen. Aber während diese Debatten intensiv geführt werden, hat sich im Blick auf die Ermordungsumstände bislang so gut wie nichts getan; zumindest wurde öffentlich nichts bekannt. Zwischenzeitlich waren mehrere Personen, über die Kuciak berichtet hatte, festgenommen worden, allerdings manches Tatverdacht wieder freigelassen.

Wie angespannt die Lage in der Slowakei ist, zeigt jetzt die Vernehmung der tschechischen Journalistin. Holková hatte mit dem Ermordeten zu internationalen Korruptionsaffären recherchiert. Kuciak sei für sie mehr als nur ein Kollege gewesen, erklärte sie in einem Statement: „Er stand mir als Person sehr nahe." Daher seien sie und ihre Kollegen vom Journalisten-Netzwerk OCCRP „extrem motiviert, jede Unterstützung zu leisten, die den Mordermittlungen helfen kann". Nur: In der Vernehmung sei es nur um ihre Informationen zu Mehrwertsteuerbetrug und Verbindungen zwischen slowakischen Geschäftsleuten und der Politik gegangen. Trotz Holkovas Kooperation über rüber nichts zu wissen, seien die immer wieder die gleichen Fragen gestellt worden. Dann wurde ihr Handy konfisziert.

Ihrer Forderung, ihr das Handy zurückzugeben, kamen die slowakischen Behörden bislang nicht nach. „Sie kommunizieren überhaupt nicht mit mir", sagt sie. Bei der Vernehmung hätten ihr die Polizisten sogar unterstellt, sich zwei Handys zu besitzen – und dieses zu verstecken. „Das ist nicht wahr. Und das habe ich in der Vernehmung auch gesagt." Sie habe den Beamten alle Informationen gegeben. Sie habe keine Ahnung, was die slowakischen Behörden mit ihrem Handy machen. „Ihr Vorgehen ist illegal." Gelinge es den Beamten, ihr Handy zu knacken, stelle dies eine große Gefahr für meine Informanten und Informanten der OCCRP, sagte Holková: „Das darf nicht passieren."

Auch das EU-Parlament übt scharfe Kritik an der Vorgehensweise der Slowakei. Manfred Weber, Fraktionschef der Europäischen Volkspartei, bezeichnete es als „inakzeptabel" und fügte hinzu: „Der Verdachtsfall der Geldwäsche, Zweifeln und Vertraulichkeit sind Schlüsselvoraussetzungen für Pavla Holcovas freie Ausübung ihres Berufs als Journalistin." Die Geschehnisse seien ein Beleg dafür, dass der Schutz von Journalisten in der EU äußerste Aufmerksamkeit verdiene: „Wir dachten, dass die slowakischen Behörden nach der Ermordung von Ján Kuciak und Martina Kusnírová alles dafür tun würden, dass Journalisten ihre tägliche Arbeit machen können und als Partner bei der Bekämpfung von Korruption und Verbrechen angesehen werden." Der Ball liegt nun bei Bratislava, doch den Eindruck, dass eher das Gegenteil der Fall ist.

> DAS WÄRE EINE GROSSE GEFAHR FÜR MEINE INFORMANTEN
>
> **PAVLA HOLCOVA**, Journalistin

„Sie wollen mich im Verbindung mit dem Verbrechen bringen"

Slowakische Polizisten baten eine Kollegin des getöteten Journalisten Ján Kuciak zur Vernehmung. Aber um die Morde ging es gar nicht

Als sich Pavla Holcová vor ein paar Tagen auf den Weg zu ihrer Vernehmung machte, war sie guten Mutes. Sie wollte unbedingt die Ermittlungen zum Mord an Ján Kuciak und Jessen Verbrechen Martina Kusnírová unterstützen, sie hatte mit ihm zusammengearbeitet. Investigativ ist die tschechische Journalistin aus Prag der Vorladung der slowakischen Antikriminalitätsagentur NAKA nicht Bratislava gefolgt. Doch die Vernehmung lief anders als erwartet.

VON TIM BÖHN

Nach Angaben der Reporterin wurde vier Stunden nach Beginn des Verhörs eine staatsanwaltliche Anordnung zur Herausgabe ihrer Handydaten überreicht. Falls sie sich weigere, den Beamten ihr Mobiltelefon sowie ihre SIM-Karte zu geben, drohe ihr eine Geldstrafe in Höhe von bis zu 1650 Euro. Holková lehnte ab. Auch Bratislava teraus, den Code zum Entsperren aber behielt sie für sich. Im Gespräch mit WELT kritisierte die Journalistin die Ermittler: „Ihre Aufgabe ist es, den Mord an Ján Kuciak aufzuklären." Stattdessen versuchten sie, „mich in Verbindung mit diesem Verbrechen zu bringen". Sie bot an, den Beamten sämtliche Kommunikation mit Kuciak zu zeigen. Aber das reichte ihnen offenbar nicht.

Im Verhörzimmer tauchten nach Darstellung der Journalistin schließlich Forensiker der Polizei auf, erneut sollte sie den Code nennen. Als sie sich weiter weigerte, wurde ihr mitgeteilt, dass ihr Handy zwecks Entsperrung an Europol geschickt werde, auf Anfrage teilte die Behörde in Den Haag dazu lediglich mit, dass man die slowakischen Behörden bei den Ermittlungen an den beiden Morden unterstütze.

Der Investigativreporter und seine Verlobte wurden am 25. Februar in ihrem Haus in dem Ort Velká Maca in der Nähe von Bratislava mit Schüssen in Brust und Kopf hingerichtet. Der 27-jährige hatte jahrelang für das Online-Nachrichtenmagazin „Aktuality" zu Korruptionsskandalen, in die Politiker und Wirtschaftsbosse involviert waren, geschrieben. Recherchen gaben darum aus, dass seine Ermordung im Zusammenhang mit seiner journalistischen Arbeit steht. Belege dafür gibt es aber nicht. Nach der Tat gingen überall im Land Zehntausende Menschen auf die Straßen.

Als Folge des öffentlichen Drucks traten Premierminister Robert Fico, Innenminister Robert Kaliňák und Polizeichef Tibor Gaspar zurück. Eine Kommission des EU-Parlaments listete nach einem Besuch in der Slowakei zahlreiche Mängel bei der Rechtsstaatlichkeit des Landes auf und forderte strukturelle Veränderungen. Aber während diese Debatten intensiv geführt werden, hat sich im Blick auf die Ermordungsumstände bislang so gut wie nichts getan; zumindest wurde öffentlich nichts bekannt. Zwischenzeitlich waren mehrere Personen, über die Kuciak berichtet hatte, festgenommen worden, allerdings manches Tatverdacht wieder freigelassen.

Wie angespannt die Lage in der Slowakei ist, zeigt jetzt die Vernehmung der tschechischen Journalistin. Holková hatte mit dem Ermordeten zu internationalen Korruptionsaffären recherchiert. Kuciak sei für sie mehr als nur ein Kollege gewesen, erklärte sie in einem Statement: „Er stand mir als Person sehr nahe." Daher seien sie und ihre Kollegen vom Journalisten-Netzwerk OCCRP „extrem motiviert, jede Unterstützung zu leisten, die den Mordermittlungen helfen kann". Nur: In der Vernehmung sei es nur um ihre Informationen zu Mehrwertsteuerbetrug und Verbindungen zwischen slowakischen Geschäftsleuten und der Politik gegangen. Trotz Holkovas Kooperation über rüber nichts zu wissen, seien die immer wieder die gleichen Fragen gestellt worden. Dann wurde ihr Handy konfisziert.

Ihrer Forderung, ihr das Handy zurückzugeben, kamen die slowakischen Behörden bislang nicht nach. „Sie kommunizieren überhaupt nicht mit mir", sagt sie. Bei der Vernehmung hätten ihr die Polizisten sogar unterstellt, sich zwei Handys zu besitzen – und dieses zu verstecken. „Das ist nicht wahr. Und das habe ich in der Vernehmung auch gesagt." Sie habe den Beamten alle Informationen gegeben. Sie habe keine Ahnung, was die slowakischen Behörden mit ihrem Handy machen. „Ihr Vorgehen ist illegal." Gelinge es den Beamten, ihr Handy zu knacken, stelle dies eine große Gefahr für meine Informanten und Informanten der OCCRP, sagte Holková: „Das darf nicht passieren."

Auch das EU-Parlament übt scharfe Kritik an der Vorgehensweise der Slowakei. Manfred Weber, Fraktionschef der Europäischen Volkspartei, bezeichnete es als „inakzeptabel" und fügte hinzu: „Der Verdachtsfall der Geldwäsche, Zweifeln und Vertraulichkeit sind Schlüsselvoraussetzungen für Pavla Holcovas freie Ausübung ihres Berufs als Journalistin." Die Geschehnisse seien ein Beleg dafür, dass der Schutz von Journalisten in der EU äußerste Aufmerksamkeit verdiene: „Wir dachten, dass die slowakischen Behörden nach der Ermordung von Ján Kuciak und Martina Kusnírová alles dafür tun würden, dass Journalisten ihre tägliche Arbeit machen können und als Partner bei der Bekämpfung von Korruption und Verbrechen angesehen werden." Der Ball liegt nun bei Bratislava, doch den Eindruck, dass eher das Gegenteil der Fall ist.

LINA
RECHERCHE — EUROPÄISCHE JOURNALISTEN — ALLIANZ
In Kooperation mit „El País". Übersetzt aus dem Spanischen von Bettina Schneider

© WeltN24 GmbH. Alle Rechte vorbehalten DIE WELT • 2018-05-18-ei-22